



Fünfundvierzigster Jahrestag des Radikalenerlasses

Beschluss des Landesvorstandes der GEW vom 19.3.2016

Die GEW Hessen nimmt den im Januar 2017 anstehenden fünfundvierzigsten Jahrestag des Radikalenerlasses zum Anlass, die Geschichte der Berufsverbote in Erinnerung zu rufen, gewerkschaftsintern politische Konsequenzen zu ziehen und diese auch bei der Landesregierung einzufordern.

- 1) Die GEW Hessen initiiert die Gründung einer gewerkschaftlichen Gruppe, bestehend aus Berufsverbote-Betroffenen sowie Interessierten, die die inhaltliche und politische Bearbeitung des Themas anlässlich des anstehenden Jahrestages (und darüber hinaus) kritisch begleiten.
- 2) Die GEW Hessen bringt das Thema im DGB Landesverband ein und plant gemeinsam mit weiteren DGB-Gewerkschaften und interessierten Bündnisorganisationen bzw. Parteien eine gemeinsame Veranstaltung sowie eine Pressekonferenz zum Thema im Frühjahr 2017.
- 3) Auf große Zustimmung und Interesse in der Öffentlichkeit und in den Medien stieß die kürzlich in Hannover eröffnete Ausstellung *'Vergessene' Geschichte: Berufsverbote - Politische Verfolgung in der Bundesrepublik Deutschland*, die von sechs niedersächsischen Lehrer/innen erstellt wurde. Die GEW-Hessen bemüht sich, die Ausstellung im Rahmen der Vorbereitungen von Aktivitäten zum Jahrestag nach Hessen zu holen und dort medial bekannt zu machen.¹
- 4) Am 22. November 2013 fasste der GEW-Hauptvorstand im Nachgang zum Gewerkschaftstag einen Beschluss zur „Rehabilitierung der Opfer von Berufsverboten und GEW-Unvereinbarkeitsbeschlüssen“ und formulierte die Absicht, das Thema weiter zu bearbeiten. Der Geschäftsführende Landesvorstand der GEW-Hessen holt Informationen ein, welche Konsequenzen aus diesem Beschluss gezogen wurden und in welcher Form eine Weiterbearbeitung erfolgt ist und/oder beabsichtigt ist.
- 5) Die GEW Hessen initiiert eine Bündnisstruktur innerhalb und außerhalb des DGB und fordert die hessische Landesregierung im Kontext des Jahrestages auf, die notwendigen Maßnahmen zur Rehabilitierung und Entschädigung derjenigen demokratischen und linken Aktiven zu treffen, die von Berufsverboten betroffen waren oder sind.
- 6) Die GEW-Hessen setzt sich mit der eigenen Geschichte kritisch auseinander und stellt fest, dass die in den Jahren 1971 bis 1989 im politischen Umfeld der Berufsverbote erfolgten Gewerkschaftsausschlüsse demokratischer und linker politischer Aktiver schwerwiegende politische Fehler und schwere Verstöße gegen den Grundsatz gewerkschaftlicher Solidarität waren. Sie prüft Maßnahmen und Formen gewerkschaftsinterner Wiedergutmachung gegenüber Betroffenen und stellt dazu eine Beschlussvorlage in einer der kommenden Landesvorstandssitzungen vor. Darüber hinaus regt sie auch im Vorstand des DGB Bezirk Hessen-Thüringen zur gewerkschaftsinternen kritischen Auseinandersetzung mit den Folgen der Unvereinbarkeitsbeschlüsse an.

¹ Weitere Informationen zur Ausstellung finden sich unter www.gew-hessen.de/home/details/wanderausstellung-berufsverbote